

Kleine Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Einführung von datenverarbeitenden Anlagen im öffentlichen Dienst

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie und in welchem Umfange hat die Bundesregierung die Voraussetzungen und Möglichkeiten für den wirtschaftlichen Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen für die einzelnen Zweige der öffentlichen Verwaltung geprüft?
2. Ist die Bundesregierung bereit, die in der Verwaltung außer Haus liegenden Möglichkeiten, die für die Eigenständigkeit und die Existenzmöglichkeit der Mittel- und Kleinbetriebe zunehmend an Bedeutung gewinnen, auch für die öffentliche Verwaltung zu prüfen?
3. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um die arbeits- und sozialpolitischen Auswirkungen der Einführung datenverarbeitender Anlagen zu erforschen?
4. Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß durch den Einsatz von datenverarbeitenden Maschinen deutscher, vor allem aber ausländischer Hersteller mit großem Marktanteil in der öffentlichen Verwaltung einschließlich Bundesbahn und Bundespost das Dezimalsystem durch das Zollsystem verdrängt wird und dadurch evtl. Rationalisierungseffekte in Frage gestellt werden?

Bonn, den 8. Februar 1966

Erler und Fraktion